



# «Geld zu versprechen, ist unredlich»

**VERDINGENDER** Nach dem Rom-Besuch

von ehemaligen Opfern von Zwangsmassnahmen reagiert die Bischofskonferenz. Der Basler Bischof Felix Gmür sieht aber nicht nur die katholische Kirche in der Pflicht.

INTERVIEW SERMÍN FAKI  
sermin.faki@zentralschweizamsonntag.ch

*Der Papst hat Guido Fluri, den Initiator der Wiedergutmachungsinitiative, zu einer Audienz nach Rom eingeladen. Wie ist das zu werten?*

**Felix Gmür:** Es handelte sich um eine Generalaudienz, zu der alle eingeladen sind, die sich dafür interessieren. Offenbar verfolgten Herr Fluri und die beiden Betroffenen, die ihn begleitet haben, die Audienz auf Einladung in einem speziellen Sektor. Das zeigt, dass es der Kirche ein Anliegen ist, Menschen, die auf welche Art auch immer Unrecht erliden mussten, ernst zu nehmen und mit ihnen ins Gespräch zu kommen.

*Ist die Einladung auch ein Signal an die Katholische Kirche in der Schweiz?*

**Gmür:** Der Papst und die Schweizer Bischofskonferenz (SBK) verfolgen dieselbe Linie. Das Thema hat bei uns eine sehr grosse Bedeutung. Wir wollen, dass die Betroffenen die Möglichkeit zur Aufarbeitung haben. Sie müssen mit ihrer Vergangenheit abschliessen und ihren Frieden mit der Kirche finden können, wenn sie das wollen.

*Wo sehen Sie dabei die Aufgabe der Kirche?*

**Gmür:** Die Kirche kann die Opfer unterstützen, indem sie ihnen die Freiheit lässt, zu entscheiden, was ihnen wichtig ist. Die

Geschwister, die mit Herrn Fluri nach Rom gefahren sind, haben das so gewollt. Das stimmt für sie. Für andere wäre es vielleicht nicht das Richtige. Wenn sich aber jemand an uns wendet, sind wir für ihn oder sie da.

*Neben der persönlichen Aufarbeitung für die Opfer braucht es auch eine historische Aufarbeitung durch die Institutionen. Wo steht die Kirche hier?*

**Gmür:** Unsere Bemühungen können sich sehen lassen, auch wenn die Aufarbeitung nicht abgeschlossen ist. Es gibt einen grossen Willen und bereits auch konkrete Resultate. Nehmen Sie die beiden Berichte zu den fünf Luzerner Kinderheimen in

Luzern-Baselstrasse, Rathausen, Knutwil, Mariazell und Malers. Experten der Universität Luzern haben sie im Auftrag des Kantons und der katholischen Kirche verfasst. Das Heim im thurgauischen Fischingen und die Ingenbohler Schwestern haben historische Studien und Berichte erstellt. Es gibt also wissenschaftliche Untersuchungen. Und in Rathausen gibt es auch einen Erinnerungsort für die Opfer.

*Das sind Einzelfälle. Die Opfer wünschen sich eine aktivere Rolle der Kirche. Müsste die Bischofskonferenz nicht von sich aus tätig werden und eine lückenlose historische Aufarbeitung in Auftrag geben?*

**Gmür:** Wir sind ein

kleinteiliges Land; jeder Kanton ist autonom. Die SBK kann auch nicht einfach über die Bistümer oder Ordensgemeinschaften bestimmen. In der Pflicht stehen daher die einzelnen Institutionen, an die wir appellieren können. Das haben wir auch getan. In der Westschweiz hat beispielsweise Bischof Charles Morerod den Auftrag gegeben, das Institut Marini in seiner Diözese zu untersuchen.

*Und Sie?*

**Gmür:** Ich unterstütze die Aufarbeitungen, auch wenn das Bistum Basel selbst keine Heime geführt hat.

*Sehen Sie denn keine Verantwortung der Institution Kirche? Immerhin war ein Grossteil der Heime unter kirchlicher Obhut.*

**Gmür:** Das war in den katholischen Kantonen oft der Fall. Die Heime wurden zumeist im Auftrag des Staates von Ordensfrauen geführt, weil diese beim damaligen Fachkräftemangel verfügbar waren und wenig kosteten. Staat und Kirche stehen also gemeinsam in der Pflicht.

*Sie unterstützen die Wiedergutmachungsinitiative, bei der es auch um Geld geht. Der Bund denkt daran, auch Dritte an der Finanzierung der Entschädigung zu beteiligen. Wie stehen Sie dazu?*

**Gmür:** Zu streiten, wer zahlt, ist nicht im Sinn der Sache. Die katholische Kirche beteiligt sich am bereits geschaffenen Soforthilfefonds. Die geplante nationale Kollekte sollte einige hunderttausend Franken erbringen. Für die Opfer sind schnelle und praktikable Lösungen wichtig.

**«Die Heime wurden im Auftrag des Staates geführt.»**

FELIX GMÜR,  
BISCHOF DES BISTUMS BASEL

*In Deutschland und in Irland hat sich die Kirche in weit grösserem Ausmass an den Entschädigungen beteiligt. Warum ist das hierzulande nicht*



*möglich?*

**Gmür:** Anders als in Deutschland und in Irland liegt das Geld in der Schweiz bei den Kirchgemeinden. Übergeordnete Institutionen wie die Bischofskonferenz haben nur ein Empfehlungsrecht.

*Mit denen man ja reden kann. Braucht es nicht ein Zeichen des guten Willens?*

**Gmür:** Zeichen des guten Willens geben wir mit der nationalen Kollekte, indem wir am runden Tisch sitzen, die Wiedergutmachungsinitiative unterstützen, Studien und Aufarbeitungsberichte erstellen oder eben, indem zwei Betroffene diese Woche zum Papst reisen

konnten. Finanziell geht es bei der Initiative um 500 Millionen Franken, beim indirekten Gegenvorschlag um 300 Millionen.

Geld versprechen, das wir nicht haben, ist unredlich. Das können wir nicht.

*Und wie sollen das Bund und Kantone machen?*

**Gmür:** In die fürsorglichen Zwangsmassnahmen waren viele verschiedene Akteure involviert - Vormundschaftsbehörden, Ärzte, Pfarrer, kantonale Behörden, Nachbarn, Ordensfrauen. Das zu erkennen, ist ein schmerzhafter Prozess. Heute sehen viele in unserer Gesellschaft die damaligen Missstände und sind bereit, den Opfern Hilfe zu gewähren. Wie auch immer: Am Ende werden es Steuergelder sein.

*Finden Sie, die Kirche wird zu Unrecht an den Pranger gestellt?*

**Gmür:** Nein. Dort, wo die kirchlichen Institutionen versagt haben, müssen sie Verantwortung wahrnehmen und die Vergangenheit aufarbeiten. Letztlich geht es um die Opfer. Ihnen muss Gerechtigkeit widerfahren.



Felix Gmür ist seit 2011 Bischof des Bistums Basel. Der Luzerner ist Mitglied des Fachgremiums «Sexuelle Übergriffe im kirchlichen Umfeld» der Schweizerischen Bischofskonferenz (SBK) und bischöflicher Vertreter in der SBK-Kommission Justitia et Pax für sozioethische Fragen.

Datum: 29.03.2015

ZENTRALSCHWEIZ AM  
**SONNTAG**

Hauptausgabe

Zentralschweiz am Sonntag  
6002 Luzern  
041/ 429 51 51  
www.luzernerzeitung.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 83'769  
Erscheinungsweise: wöchentlich



Themen-Nr.: 037.021  
Abo-Nr.: 1094819  
Seite: 4  
Fläche: 68'783 mm<sup>2</sup>



Die elfjährige Halbwaise Martheli wächst bei Pflegeeltern auf dem Hof Ellenberg bei Lützelflüh im unteren Emmental auf. Die Aufnahme stammt vom Juli 1954.

Keystone/Walter Studer



Hauptausgabe

Zentralschweiz am Sonntag  
6002 Luzern  
041/ 429 51 51  
www.luzernerzeitung.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 83'769  
Erscheinungsweise: wöchentlich

Themen-Nr.: 037.021  
Abo-Nr.: 1094819  
Seite: 5  
Fläche: 16'377 mm<sup>2</sup>



**Thomas  
Bornhauser,  
Chefredaktor**

## Die Grenze

Wir alle leben (auch) von der Hoffnung. Aber Hoffnung kann auch erdrücken. Keiner erlebt das heute intensiver als Papst Franziskus. Auf Twitter zum Beispiel folgen dem Hoffnungsträger des Vatikans 20 Millionen Menschen! Und pro Tag (!) erhält der Mann rund 1000 Briefe.

Einer dieser Briefschreiber war der umtriebige Zuger Unternehmer Guido Fluri, einer, der eine bittere Kindheit erlebte und sich heute bewundernswert für Menschen einsetzt, deren Start ins Leben ebenfalls missrieth. In dieser Woche war Fluri mit einem ehemals in katholischen Institu-

tionen missbrauchten Zwillingsspaar in Rom.

## MEINE WOCHE

Auf Einladung des Papstes. Es sollte um Balsam für geschundene Seelen gehen. Und auch um einen Hinweis an unsere Parlamentarier, dass es höchste Zeit ist für eine Entschädigung der überlebenden Opfer schlimmer Zeiten bei uns.

So wie die Schutzbefohlenen von Guido Fluri hoffen heute Menschen in aller Welt auf Hilfe von der einflussreichsten Persönlichkeit unserer Zeit. Nebst den Armen gibt es – auch bei uns – viele, die nicht den Normen der katholischen Sexualmoral ent-

sprechen und sich doch keiner Schuld bewusst sind. Zum Beispiel homosexuelle Paare. In unserer Freitagsausgabe hat dazu die preisgekrönte Theologin Regina Ammicht Quinn im Interview festgehalten: «Es gibt kein einziges Jesus-Wort über Homosexualität, vorehelichen Geschlechtsverkehr, Masturbation usw.»

Als wir, eine Gruppe von Schweizer Chefredaktoren, am Freitag im Vatikan waren, meinte ein Medienverantwortlicher des Papstes, in Fragen der Sexualmoral solle man sich keinen Illusionen hingeben. Denn auch Papst Franziskus habe sich an das Evangelium zu halten.

Wir sollten beten für ein langes Leben dieses Papstes. Dass genug Zeit bleibt für die Klärung der Frage, was der Papst sagen darf zu Fragen, zu denen Jesu geschwiegen hat.